

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Verlag Bernh. Ott, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand Joh. van Rijen, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Leben und Jugend.

Jugend, vor dir liegt das Leben und blüht erwartungsvoll zu dir auf: Was wirst du mir geben? Bis dem Leben, was Gott dir gegeben hat! Je mehr du von deiner Jugendkraft gibst, um so sicherer wirst du dem „höchsten Glück der Erdenkinder“ entgegenstehen. Wie arbeitend aus in der Jugendzeit — und du wirst einst eine volle Garbe tiefen Menschenglücks in dankbarer Demut zu Gottes Füßen legen.

Ueber die Fabrikarbeit verheirateter Frauen.

„Die regelmäßige Beschäftigung verheirateter Frauen außer dem Hause, zumal in Fabriken ist mit der Erfüllung der dringlichsten Pflichten der Führung eines Haushaltes und der Pflege und Erziehung der Kinder unvereinbar.“

Wenn ein Sozialpolitiker wie Prof. Hise diesen Satz in seinem Werke: „Geburtenrückgang und Sozialreform“ niederschreibt, so kann man dem großen Philosophen, der jahrzehntelang die tiefsten Schwächen der menschlichen Gesellschaft erforscht und auf Abhilfe gekommen hat, wohl Glauben schenken und zustimmen. Und ist gerade für uns als Textilarbeiter, die wir in unserer Industrie, im Verhältnis die meisten verheirateten Frauen zählen, von ganz besonderem Interesse, die Ursachen der Frauenarbeit und deren Auswirkungen festzuhalten.

Wenn die Fabrikarbeit der verheirateten Frau eine Doppellast ist, dann ist die Ursache ihrer außerhäuslichen Arbeit gewiß eine schwerwiegende. Und doch gibt ein süddeutsches Arbeiterblatt das Urteil von verschiedenen Gewerkschaften wieder, wonach ein Viertel der Frauen ohne zwingende Notwendigkeit in die Fabrik gehen. Die anderen tun es aus Not und nicht aus eigenem Antrieb. Die Statistiken der Friedenszeit brachten interessante Beispiele als Gründe für die Arbeit der Frau in der Fabrik. Der größte Prozentsatz entfiel jedoch auf diejenigen, die den Verdienst des Mannes ergänzen mußten. Das Bild hat sich mit dem Krieg und dessen Folgen insofern verschoben, als nun die verwitwete Frau, die den Ernährer verlor, ebenfalls auf Arbeit und Verdienst angewiesen ist. Wenn auch viele Kriegermitteln wieder heiraten, so bleibt bei manchen immer noch der teilweise ungenügende Lohn des Mannes.

Die zwingende Notwendigkeit und die gerechteste Forderung der Gewerkschaften war von jeher und ist noch auf dem letzten internationalen christlichen Textilarbeiter-Kongress gestellt worden, die lauten:

Die unzureichenden Löhne der Männer haben vielfach die erwerbstätige Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabrik und Hausindustrie zur Folge; wodurch die Gesundheit der Frauen und des Nachwuchses, das Familienleben und die Erziehung der Kinder schwer leiden.

Der internationale Kongress fordert die Textilarbeiter aller Länder auf, alle Kräfte einzusetzen zur Erreichung eines Lohnes, welcher den Familienernährern die gute Unterhaltung und ausreichende Ernährung auch einer kinderreichen Familie sichert und welcher den heiratungsfähigen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen die Möglichkeit gibt, rechtzeitig genügende Rücklagen vom Arbeitslohn zur Gründung eines schuldenfreien Haushaltes machen zu können.

Wenn auch die Forderung immer wieder erhoben wird und ein ständiger Kampf darum geführt werden muß, wenn zugleich aber auch weite Kreise die Auffassung vertreten, die Fabrikarbeit der Frauen ganz zu verbieten, so hätten wir, wenn dieses durchgeführt wäre, immer noch nicht einen Idealzustand. Man kann auf dem Standpunkte stehen, daß es in dieser Welt nichts Vollkommeneres gibt, immerhin ist es die Pflicht einer christlichen, aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft, die bestehenden Verhältnisse zu ändern. Und da wollen wir doch alle mithelfen.

Wir werden dies jedoch um so besser können, wenn wir die wohl von allen persönlich gemachten Erfahrungen noch bestätigt finden in vielen Statistiken und Abhand-

lungen. Rein oberflächlich schon betrachtet, übersteigt diese Arbeit der verheirateten Frau ihre Kräfte, die heute durch den Krieg und die Zeitverhältnisse noch ganz bedeutend vermindert wurden. (Siehe Nr. 7, Seite 26, Jahrgang 1921 unserer „Textilarbeiter-Zeitung“: „Um Gesundheit und Leben der arbeitenden Frau.“) Schon Marie Baum sagte 1910 auf einer Konferenz des Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinneninteressen:

„Uebersteigt diese Arbeit rein körperlich betrachtet normale Menschenkräfte, so verzehrt sie selbstverständlich jede Möglichkeit persönlicher Lebensgestaltung. Davon zeugt allein schon der müde, verhezte Ausdruck, an dem der Beobachter sehr bald die verheiratete Fabrikarbeiterin von der unverheirateten zu unterscheiden lernt. Während der Berufs- und Erwerbsarbeit, die, als ungelernete Arbeit, so häufig rein mechanisch, ohne Freude, ohne Befriedigung verrichtet wird, wandern die Gedanken zu dem unversorgten Hause, den unbewachten Kindern, all der so dringlich notwendigen häuslichen Arbeit, für welche abends die totmüde Frau nur noch die Reste von Zeit und Kräften aufbringen kann, läßt nicht genug, um aus dem Haus ein Heim zu gestalten.“

Und doch, man soll es nicht für möglich halten, gibt es manche Familienväter, von denen gesagt wird, daß ihnen die Einkünfte mangeln, die überhaupt kein Verdienst und keinen Sinn für Haus, Heim und die Arbeit der Frau darinnen, haben. „Sie meinen,“ so schreibt die „Schwäbische Arbeiterzeitung“ (Nr. 2), „daß sei alles nur Spielerei, das läßt sich nach Feierabend gemacht werden. Dabei verlangen sie vielfach, daß die Wohnung gut ausgeräumt sei und daß die Frau sie möglichst noch bedienen soll. Solche Männer sind eine Plage für ihre Frau. Es gibt auch junge Männer, die bei der Heirat sich auf den Verdienst ihrer zukünftigen Frau verlassen, von vornherein mit deren Fabrikarbeit rechnen! Solche Heiratskandidaten können mir nicht imponieren. Solange eine derartig zustande gekommene Ehe ohne Nachkommenschaft bleibt, geht es. Wenn aber Kinder da sind, oder wenn gar jedes neue Jahr einen Familienzuwachs bringt, dann beginnt jenes Familienleben, das zur Beruhigung der Familie führen kann. Den Kindern fehlt die Erziehung; sie sind sich zu viel selbst überlassen, die Familie wird vernachlässigt und die Mutter hat nicht mehr die physische und moralische Kraft in sich, den vielseitigen Anforderungen des Familienlebens gerecht werden zu können. Ist der Mann noch grob und wüßt mit seiner Frau, so stehen wir einem großen seelischen und materiellen Elend gegenüber. Von morgens früh bis abends spät ist die Frau tätig. Das Essen muß sie in der Regel im Voraus kochen. Bis in den späten Abend hinein arbeitet sie für den kommenden Tag. Mit Sorgen geht sie zu Bett und mit Sorgen steht sie auf. So geht es Wochentag für Wochentag. Ueberarbeit im Kampf ums Dasein drücken die Arme auf eine niedere Bildungs- und Lebensstufe herab. Die Uebermüdung weicht nicht mehr aus den Knochen und Gelenken. Für das Seelenleben bleibt auch kaum mehr Zeit übrig. So leidet der Glaube Not. Die Not arbeitet an der Radikalisierung der Gefinnung. Körper und Seele brachen unter der Last der Arbeit zusammen. Die Familie leidet Not. Wer will richten? Wer wagt es, eine solche Arbeiterin für das Elend in der Familie verantwortlich zu machen?“

Das Herz tut einem oft weh, wenn man an die große Zahl von Frauen denkt, die in einem derartigen Pflichtenkonflikt hineinkommen. Dazu die vielen Kinder, die tagsüber die Mutter entbehren müssen. Die Fabrikarbeit der verheirateten Frau bedroht daher die Familie und schädigt Gesundheit und Wohl- ergehen aller ihrer Glieder, angefangen von der Frau, die sie ausübt, bis zum hilflosen Kind.“

Die Erfahrung lehrt ja auch, daß gerade unter den Frauen, die Fabrikarbeit leisten, die Säuglingssterblichkeit und die Schädigung der Gesundheit der Mütter sehr, am größten ist. Wenn auch der Wöchnerinnenschutz in etwa verbessert wurde — was nützt es uns, wenn dem größer werdenden Kind die Pflege fehlt. Die Frau muß der Familie zurückgegeben werden — es ist für unsere Arbeiterfamilien selbst wie für die Gesundheit unseres gesamten Volkslebens von allergrößter Bedeutung. Solange dies jedoch nicht reiflos durchgeführt ist, müssen wir als Arbeiterbewegung für den Mann einen Lohn fordern, der ausreicht, um unter normalen Verhält-

nissen eine Familie allein über Wasser halten zu können. Für Frauen und Mädchen aber gleichen Lohn bei gleicher Leistung fordern, damit sie nicht auch noch zu Lohnbrüchern werden.

Diese Auffassung innerhalb der christlichen Gewerkschaftskreise und die tatkräftige Unterstützung der arbeitenden Frauen zeigt in erneuter Weise, wie gut die Interessen der arbeitenden Frauen und Mädchen seitens der christlichen Gewerkschaften vertreten werden und daß sie in einer christlichen Organisation am besten in ihrer wirtschaftlichen Not geschützt werden.

Wie die Gegenseite sich zur Frauenarbeit stellt, zeigt deutlich das kommunistische „Ruch-Echo“, das Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften (Essen). Es schreibt u. a.:

„Die Frauenarbeit ist für uns kein notwendiges Übel, sondern ein notwendiges Stadium in der Entwicklung der kleinbürgerlichen Arbeiterfrau zur Klassenbewußten Proletarierin. Eine Frau, die immer nur ihre vier Wände sieht, die an nichts anderes denkt, als an ihren Kochtopf und an ihren Wochtag, die nicht in 99 von 100 Fällen trotz aller Not rückständig und Kleinbürgerlich im Denken bleiben, sie wird nichts begreifen von der großen Umwälzung, die in unserer Zeit vorgeht. Triff sie aber hinaus in dieses sogenannte Leben, muß sie in die Fabrik oder sonst an eine Arbeitsstätte, lernt sie Dinge und Menschen in ihrer ganzen harten Wirklichkeit begreifen, dann spürt sie das große Gelächern, in das sie hineingestellt ist, dann erwacht das proletarische Klassenbewußtsein in ihr und sie stellt sich ein in die Kampffront des Proletariats. Ich will sicherlich nicht sagen, daß die proletarische Hausfrau überhaupt nicht revolutionär werden kann, aber sie hat es viel schwerer, als eine Kollegin aus der Fabrik.“

Aber auch die Frauenarbeit des kapitalistischen Zeitalters, so schmerzhaft sie ist, ist ein notwendiges Durchgangsstadium zur Bewußtwerdung der Frau. Das dürfen wir nie vergessen, wenn wir an die Beurteilung der Notwendigkeit und Möglichkeit irgendwelcher Frauenarbeit herangehen.“

Es ist ein Hohn auf die arbeitende Frau. Aber diese offene Sprache spricht für sich. Wir haben einer solchen krassen Gegenüberstellung nichts weiter hinzuzufügen. Wer liest und denkt, weiß, was er zu tun hat.

E. S.

Arbeiterhuz und Betriebsräte.

Eine Anleitung zur Bekämpfung der Betriebsgefahren unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Textilindustrie von Gewerkschaftsrat Dr. Bender-Scharlottenburg.

IV.

Ein besonderes Interesse beansprucht

die Mitwirkung der Arbeiter bei der Krankheits- und Unfallsverhütung.

Der praktische Erfolg der Bestrebungen zum Schutze der Arbeiter gegen die Gefahren des Betriebes wird nach den übereinstimmenden Wünschen der Aufsichtsbeamten und der Unternehmer häufig dadurch erschwert, daß die Arbeiter selbst für die Schutzvorschriften nicht das wünschenswerte Interesse zeigen.

Die Gründe hierfür sind leicht zu erkennen. Während der Unternehmer nicht nur von amtlicher Seite, sondern auch durch die Fachzeitschriften und Mitteilungen der Berufsgenossenschaften auf die Betriebsgefahren aufmerksam gemacht wird, findet eine ähnliche Belehrung der Arbeiter gewöhnlich nicht statt. Erst in der letzten Zeit bemühen sich Arbeitgeber und Gewerbeaufsichtsbeamte, weitere die Organisationswesen der Arbeitgeber und Arbeiter, auch in den Kreisen der Arbeitnehmer ein erhöhtes Interesse für die Mitwirkung bei der Unfall- und Krankheitsverhütung zu erwecken.

Im Hinblick auf die große Bedeutung dieser Frage für den Aufbau unserer zusammengehörigen Wirtschaft müssen hier einige Gesichtspunkte hervorgehoben werden, die für den Gefahrenschutz von Wichtigkeit sind. Von grundlegender Bedeutung für die Gesundheit der Arbeiter ist, daß schon bei der Wahl der Berufes auf vorhandene Krankheiten oder Anlage dazu Rücksicht genommen wird. Eine Veratung durch den Arzt (Schularzt) ist daher vor der Entscheidung für einen Beruf grundsätzlich geboten.

*) Nähere Ausführungen geben die Leitfäden für die Mitwirkung der Arbeiter bei der Unfall- und Krankheitsverhütung, von Gewerkschaftsrat Dr. Bender-Scharlottenburg.

In den Werkstätten muß vor allem für Licht und Luft gesorgt werden. Die Arbeitsräume müssen daher durch zeitweiliges Öffnen der Fenster, auch in der kalten Jahreszeit, mindestens während der Dauer der Pausen, Lüftung geöffnet werden.

Besonderer Wert muß auf die Beseitigung des im Betriebe entstehenden Staubes gelegt werden, denn je reichlicher Staub eingeatmet wird, und je härter, schärfer und spitzer die Staubteilchen sind, umso häufiger tritt Tuberkulose unter den Arbeitern und Handwerkern ein.

Hieraus folgt, daß die im Betriebe oft mit groben Unhöfen und Schwierigkeiten beschafften Einrichtungen zur Abmung des Staubes oder der Dünste sorgfältig in Ordnung und in Betrieb gehalten werden müssen und nicht etwa aus Bequemlichkeit oder Ueberempfindlichkeit gegen Zugluft ausgeschaltet werden dürfen.

Die Atmung muß stets durch die Nase erfolgen, die als natürlicher Filter für alle Unreinigkeiten der Luft wirkt. Ist die Nasenatmung erschwert, so muß der Arzt befragt werden.

Ordnung und Reinlichkeit sind die wichtigsten Maßnahmen zum Schutze des Körpers. „Wer Schmutz weidet, weidet Krankheit.“ Die im Betriebe vorhandenen Wasch- und Abseerichtungen sollen daher ausgiebig benutzt werden.

Der Sonntag sei der Erholung durch Sport (Volk- und Jugendspiele, Spaziergänge) gewidmet, damit er der Erholung für die Wochenarbeit diene. Mäßigkeit beim Genuß alkoholischer Getränke ist unbedingt erforderlich. Ihre starke Verbreitung beruht darauf, daß der Alkoholgenuß das wohlthuende, aber trügerische Gefühl erhöhter Leistungsfähigkeit hervorruft, indem er das Müdigkeitsgefühl lähmt und die Unlustempfindungen beseitigt. Er gibt das Gefühl der Erwärmung, während er tatsächlich die Temperatur herabsetzt. Als Ersatz für den Alkohol und als wirksames Durstlöschmittel (i. Gegen-satz zu Bier, das den Durst nicht löst) haben sich — außer Wasser — Kaffee, Tee und Obst bewährt.

Beim Handieren mit giftigen Stoffen, insbesondere Bleihaltigen Verbindungen u. a. ist mit besonderer Sorgfalt eine Berührung der Hand, ferner des Mundes und der Nase durch die Giftstoffe soviel als möglich zu vermeiden. Auch soll bei der Arbeit nicht getrunken und nicht geraucht werden; ferner sind vor dem Essen Hände und Gesicht sorgfältig zu reinigen.

Neue Wege der Selbsthilfe durch die Gewerkschaften.

Leuerung und Arbeitsmangel erschließen in diesen unruhigen Zeiten auch andere Wege der Selbsthilfe als die bisherigen gewerkschaftlichen Mittel. Lohnsteigerungen allein konnten die Lücke, die das rapide Sinken der Kaufkraft riß, nicht mehr ausfüllen, besonders nicht bei teilweiser oder gänzlicher Arbeitslosigkeit. Es fehlt zur Zeit noch ein ergänzender, anders gearteter Eingriff. Das erkannten die Gewerkschaften aller Richtungen. Von den Maßnahmen, die sie aus dem Bestreben nach Beseitigung der Arbeitslosigkeit ziehen, kann als eine großartigere diejenige, die Gründung der Warenverorgungsstellen deutscher Gewerkschaften bezeichnet werden. An ihre Spitze hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Beamtenbund

und neuerdings auch die Christlich-Deutschen Gewerksvereine betätigt. Ihr Ziel ist: Verbilligung der Verleibungspreise, sowie Hebung und Stabilisierung der Produktion in der Textil- und Schuhindustrie. Hierbei steht ihr durch das Entgegenkommen der Reichsminister Dr. Strauß und Dr. Wirth aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein erheblicher Reichskredit zur Verfügung. Bedingungsgemäß sind die auf diesen Kredit gekauften Waren bis zu ihrer Bezahlung Eigentum des Reiches. Preisstürze werden im Sinne der Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums vom 10. 1. 20 bis zur Höhe der erparten Erwerbslosenunterstützung, begrenzt bis zum eingeräumten Kreditbetrage und durch Deckung aus angekauften Reservestoffen, ausgeglichen. Der Kredit ist, soweit beansprucht, mit 5 1/2% zu verzinsen, wogegen die erparte Erwerbslosenunterstützung, falls sie nicht schon im angeführten Sinne herangezogen ist, veranschlagt wird. — Naturgemäß ist der Charakter des Unternehmens gemeinnützig und als solcher gewährleistet durch entsprechende Vorsehrung. Ein Kontrollausschuß, bestehend aus Vertretern der Gewerkschaften (die christlichen Gewerkschaften haben drei Vertreter), dem auch ein Sachwalter des Reiches, der Präsident des Reichsausschusses für Arbeitsvermittlung, Dr. Schrup, angehört, überwacht ehrenamtlich die Vergabe von Aufträgen, die Abfassung von Kommissionsverträgen, die organische Regelung und Geschäftsführung der Warenverorgungsstelle. Der Vertreter des Reiches hat neben dem Befugnisse des Kontrollausschusses Einspruchsrechte hinsichtlich der Industriebezirke und Unternehmungen, die bei Auftragserteilungen berücksichtigt werden, damit der Arbeitslosigkeit möglichst Einhalt getan wird, sowie hinsichtlich der Unkostenvergütung, die der Warenverorgungsstelle bewilligt werden. Außer der Industrie sollen auch handwerkliche Genossenschaften und Produktionsgenossenschaften der Arbeitnehmer Berücksichtigung finden, um auch hierbei Einseitigkeit zu vermeiden. — Kurz: die Warenverorgungsstelle bildet ein Instrument von nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher Bedeutung. Sie geht in der Warenvermittlung den geraden Weg vom Erzeuger zum Verbraucher, schaltet somit wesentliche Zwischengewinne aus, um der großen, heute sehr leidenden Verbraucherschaft zu dienen. — Man denke an die vielen Millionen Verbraucher, die die Gewerkschaften zu verfordern vermögen und an die sich daraus ergebende Möglichkeit einer Einschränkung auf Preis und Produktion durch Erteilung umfangreicher Aufträge an die von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Gebiete. — Es kann darum allen Gewerkschaftlern durchaus empfohlen werden, dieses zeitgemäße Hilfswort durch rege Beteiligung zu fördern. Jeder Mitarbeiter dient sich selbst und den Kollegen! Nur praktischen Auswirkung der guten Sache hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands mit dem Reichsverband deutscher Konsumvereine Düsselboer-Reichsloz ein Abkommen getroffen, wonach letzterer überall dort, wo er Verkaufsstellen unterhält, die Verteilung der Waren, Ober- und Unterkleidung, Wäsche, Schuhe und Hüte, an die Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumvereine nebst Angehörigen auf Wunsch der Orts- und Bezirksstellen übernimmt. Wo keine Konsumvereine anderer Richtung bestehen, können die Kartelle oder Fachverbände, und wo solche nicht vorhanden, die Ortsgruppen Verteilungsstellen einrichten. In solchen Fällen muß zunächst ein Vertrauensmann als verantwortlicher Leiter ernannt werden. Den Verteilungsstellen wird eine Unkostenbedeckung in Form eines mäßigen Speienjahres zugewilligt. Zweckgemäß ist es, daß die Kartelle, Fachverbände oder Ortsgruppen in den Reihen ihrer Mitglieder Einzelbestellungen sammeln

und auf Grund derselben eine Sammelbestellung, ausgeführt an Hand der Preisliste, an die Zentrale weitergeben. Diese trägt dann Sorge für ordentliche Ausführung. — Schon jetzt ist die Warenverorgungsstelle ein Werk von kaumem Umfange; der Tagesumsatz beträgt zur Zeit ca. 300000 M. Nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse liegt ihr jedoch eine noch viel größere Ausdehnung bevor. — Alle Auskünfte für den Bereich der christlichen Gewerkschaften erteilt der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Warenverorgung, Berlin O 2, Burgstr. 7, III.

Allgemeine Rundschau.

Religiöse Unzulänglichkeit sozialdemokratischer Betriebsräte.

In der Spinn- und Weberei Offenburg kommt eine Arbeiterin mit der Bahn dreiviertel Stunden vor Arbeitsbeginn zur Fabrik. Um nun diese Zeit auszunutzen und nicht umsonst zu stehen, begibt sie sich öfters in die nahe gelegene Kirche. Das war nun einem sozialdemokratischen Betriebsratsmitglied ein Dorn im Auge. Vor ungefähr zehn Tagen machte dieser seinem Unmut über die Arbeiterin dadurch Luft, daß er in der Fabrik während der Arbeitszeit vor der Arbeiterin hinkniete, die Hände faltete und das Kreuzzeichen machte, welche Handlung mit spontanem Lachen seitens Gleichgesinnter begleitet wurde.

So admet man von selten sozialdemokratischer Organistrierter die religiöse Ueberzeugung Anderer. Wann werden endlich die noch in den sozialdemokratischen Gewerkschaften sich befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die noch auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, die Schlafmütze ablegen und sich in die christlichen Gewerkschaften, die wirklich religiös und politisch neutral sind, aber mit aller Entschiedenheit die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft vertreten, begeben?

Aus einem sozialisierten Wusterbetrieb.

Die „Freiheit“ vom 19. März brachte einen entzückten Artikel, der folgendermaßen begann: „Aur Zeit der Selbstgenossenschaft war es nicht selten, daß die „hochgeborenen“ Strauchritter ihre Leute schlugen und bis aufs Blut marterten. Wer aber glaubt, diese Zeit sei vorüber, der ist in einem großen Irrtum befangen. Noch heute gibt es Kollinge, die ihre Arbeiter mit roher Gewalt behandeln. Meistens sind ja diese Kollinge erbärmlich feige und suchen sich Personen aus, von denen sie glauben, keinen Widerstand befürchten zu müssen. Wenn aber ein solcher Wicht sich an einer Frau vergreift, so ist das der Gipfel der Erbärmlichkeit und Gemeinheit. Der Irrtum hat sich ein beispielloses Akt von Rohheit ereignet, nicht etwa im finsternen Asien, sondern im „freiheitlichen“ Deutschland, im „Freistaat“ Braunschweig, und zwar auf der Domäne Salder.“

Die „Freiheit“ schiltert dann weiter, wie eine Arbeiterfrau wegen eines unbegründeten Verdachts von dem Aufseher Hintus durch Faustschläge ins Gesicht und sonstige Schläge so mißhandelt wurde, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Wenn sich die „Freiheit“ darüber empört, hat sie vollkommen recht; nur hätte sie nicht vergessen sollen, besonders hervorzuheben, daß die Domäne Salder die einzige bisher sozialisierte braun-

Weibliche Beredsamkeit.

Dr. Reinhard Rumm, M. d. R., schreibt unter dieser Ueberschrift in der „Wacht“, Nr. 11 vom 19. 3. 21:

Daß es eine eigene weibliche Beredsamkeit gibt, werden alle kennen, die der Frau die Aufgabe zuwinkten, dem Manne nicht zu werden. Ritzprechtlicher Grund aber war es nie, jedem das Gleiche, sondern „jedem das Seine“. Daß es eine durchaus eigenartige Beredsamkeit gibt, die nicht einer männlichen Beredsamkeit nachgebildet, sondern eigenständig ist, kann man selbst im Reichstage da studieren, wo Harz Beredsamkeit zum naturwüchsigen Ausdruck führt. Wer wahren als Beispiel die letzte Rede vom „Mittel Deuts“ in der 69. Sitzung, deren amtlicher Bericht jetzt vorliegt.

Die Fragen gingen wieder einmal handhoch im Reichstage, als der Präsident Margarete Behm das Wort ergriff. Aber mit mittlerlicher Wacht und Schlichtheit verstand sie es, wirklich Gel auf die Fragen zu geben!

„Meine Damen und Herren! Eben haben wir wieder einmal die Probe davon gehabt, daß die Deutschen sich noch immer nicht vertragen können. (Heiteres Gelächern.) Es ist höchste Zeit, daß die Mäntel, die man Kollege Rumm nachsprach, daß wir bald die Linie finden müßten, die eine Kollegenchaft herbeiführt. (Lachen von den Vereinten Kommunisten: Mit Ihnen?) — ja auch mit mir — (Lachen von den Sozialdemokraten: Aber doch keine gelbe Weste!) Ich möchte gern wissen, wenn man sich auf der äußersten Linken nicht mehr bloß „rot“ geben wird, sondern alle Farben wieder zur Geltung kommen! (Lachen von den Sozialdemokraten: Selbst!) — Selbst ist eine Farbe, die wir an einer Färbung ganz gut gewöhnt sind. (Gelächern.) Aber lassen wir das hinter uns! Wir wollen uns nicht mit den Herren in die Haare nehmen lassen — Sie sind der Herren genau so wie wir auf der Rechten und die in der Mitte — nicht miteinander haben gewollt, daß wir uns anfangen, und wieder zu verfechten, und daß wir vor allen Dingen den Willen unserer Kollegen anerkennen, die der Ablehnung ungewohnt sind. (Sehr richtig! richtig!) Natürlich geht es um einen nicht. Aber wir dürfen nicht den Kopf für die Färbung sein.“

Ich hoffe natürlich, daß Sie mit uns wieder ganz freundlich umgehen und nicht schimpfen werden.“

Was kann ich Ihnen nicht als Ihre Rede. Aber die Fragestellung kann ich abgeben, daß wir nicht ein Dutzend Abgeordnete im Reichstage haben, die so wollen, wie das

Rebnerin, einen Sturm zu fällen und sich Gehör zu erzwingen verheißt. Freilich gehört dazu die Persönlichkeit dieser Hauptvorstehenden der Gewerksvereine der Heimarbeiterrinnen — eine Persönlichkeit, deren beweisende Kraft unzählige in unserm Volk aus ihrer jahrelangen Wirksamkeit im öffentlichen Leben an sich selbst erfahren haben.

Margarete Behm sprach dann von ihrer Lebensarbeit, dem Gewerksverein der Heimarbeiterrinnen Deutschlands, und von dem jahrelangen Warten auf durchgreifende gesetzliche Hilfe, auf Beseitigung aller Hausgewerbetreibenden in die Arbeiterversicherung und auf Heimarbeiterrinnenrat; auch hier bleibt die Rebnerin völlig klüßlich:

„Der Schatz der Heimarbeiterrinnen gegen gesundheitliche Schädigungen war ja schon im alten Hausarbeitsgesetz vorzulegen. Ich hoffe, daß das neue Hausarbeitsgesetz, das ja von mir und dem Namen Heimarbeiterrinnen führen soll, auch auf diesem Gebiet neue Fortschritte bringen wird. Damit komme ich zu unserer Hauptfrage in dem Etat des Reichsarbeitsministeriums, nämlich zu der Forderung, daß die Voraussetzungen für das Heimarbeitengebiet so weit erweitet seien, daß es demnach an den Reichstag kommen soll. Ich halte die Erbringung dieses Gesetzes für eine der volkswirtschaftlich notwendigsten gesetzgeberischen Maßnahmen. Ich brauche ja nur daran zu erinnern, daß der Kollege Simon gestern wieder seiner Ablehnung gegen die Heimarbeit sehr deutlich Ausdruck gegeben hat. Er hat wieder angeführt, die Heimarbeiterrinnen hätten die Tarifverträge. Das mag bei unorganisierten Heimarbeiterrinnen hier und da vorkommen. Die Notwendigkeit ist eben, daß alle organisiert werden. (Lachen: Ach, gute Organisation!) — Sie wissen nur zu wenig von mir, wenn Sie jetzt nicht zu mir herantreten! (Heiterkeit.) Wenn ich daran denke, was diese unsere Organisation im Laufe der letzten Monate an Tarifverträgen abgeschlossen hat, die tatsächlich wirklich zu nennen sind, kann ich mir sagen, daß dieser Herr Kollege, dessen Namen ich augenblicklich nicht weiß, mit der Kenntnisnahme der Sachlage sicher bestätigen würde, daß durch die Organisation tatsächlich eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch auf dem Gebiete der Heimarbeit herbeigeführt ist.“

Und wie verhält sie es, einen ungeordneten Sensofer. Fülle zu machen:

„Wir gehen auf dem Gebiete der Darunterstützung, die ja das Hauptziel der weiblichen Heimarbeit ist, tatsächlich zufriedenstellende Fortschritte. Im Juli 1920 wurde der erste abgeleitete, indem ich er hat bis maximal hoch

Zuschläge und durch einen neuen Tarifvertrag verbessert worden. Dadurch sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Branche so geregelt, daß ich nur wünschen kann, es hätte jedes Heimarbeiterrinnen in Deutschland eine derartige normale Aufmachung (Abg. Simon (Franken): Wie ist es denn bei den Hausarbeiterrinnen?) — Der Herr Kollege wirkt mir die Hausarbeiterrinnen vor. Ich habe ja ausdrücklich gesagt: Es gibt Arbeitgeber, mit denen man vorwärts kommt, und andere, die noch äußerst rückständig sind, und gerade um der rückständigen willen — und die Haus- und Kleiderfabrikanten, gegen die wir eben erst einen Streik geführt haben, gehören zu denen, denen noch allerhand beigetragen werden muß — (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) gerade um solcher willen begrüße ich es aus wärmste, daß jetzt das Heimarbeitengesetz kommen soll. Das Heimarbeitengesetz muß dann ergehen, was an Verständnis bei den Arbeitgebern fehlt. (Abg. Simon (Franken): Da müssen Sie zu Ihrer Fraktion sprechen!) — Kurze rechte) — Verehrter Kollege Simon, ich spreche da für das ganze Haus. (Erneuter Lärm des Abgeordneten Simon — Gegenrufe rechts) — Ich habe nicht gehört, verehrter Kollege, daß der Herr Präsident Ihnen das Wort erteilt hat (Heiterkeit), soviel ich weiß, bin ich an Worte, und sollte es für zweckmäßig, daß das ganze Haus in allen seinen Schattierungen einmal von dieser Sache hört, daß es nämlich Arbeitgeber gibt, die vernünftig geworden sind und auch einsehen, daß man auf dem Gebiete der Heimarbeit an den Tarifverträgen nicht vorbeikommt, und die nun, da sie es eingesehen haben, zielbewußt mitarbeiten und allmählich in Gemeinschaft mit den Arbeiterrinnen eine Basis schaffen, die man als eine gesunde bezeichnen kann.“

Lebhaftes Bravo und lebendige Anerkennung in der Presse der verschiedensten Richtungen lohnte ihr Rede.

Wir behaupten nicht, daß nur eine Beredsamkeit gleich der Margarete Behms weiblich sei. Es gibt auch sehr verheißungsvolle männliche Beredsamkeit; man denke nur, wie verschieden die Beredsamkeit zweier Männer war, die in allen Fragen miteinander zusammenstimmten: Adolf Stöcker und Friedrich v. Bodenhausen. So wird auch die weibliche Beredsamkeit je nach der Natur der Verhältnisse verschieden sein. Was die Beredsamkeit der Frau Behm so wirksam macht, ist, daß hinter jedem Wort eine ganze Persönlichkeit steht, daß sie redet, wie's ihr und Herz ist. — Nicht mit Worten, die kläglich und der Wirklichkeit Soigen fernhalten, sondern Worte, die von Herzen kommen und darum zu Herzen gehen.

schweigende Domäne ist. Wenn die „Freiheit“ statt dessen ihren Artikel wie oben einleitet, so ist das zum mindesten höchst unehrlich.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Die Schlichtungsordnung.

Der Entwurf einer Schlichtungsordnung ist nunmehr nach Zustimmung des Reichsstaatsrats dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung zugegangen. Der neue Entwurf weist gegenüber dem früher veröffentlichten Referentenentwurf erhebliche Änderungen auf, die im wesentlichen auf seiner Durchberatung mit einer aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern bestehenden Kommission beruhen. Er ist in der soeben erschienenen Nr. 12 des „Reichsarbeitblattes“ abgedruckt.

Der Entwurf sucht die Schlichtungsbehörden für ihre eigentliche Aufgabe, die Schlichtung von Gesamtschlichtungen freizumachen; die ihnen bisher in einzelnen Fällen übertragene Zuständigkeit in Einzelstreitigkeiten soll nur noch solange bestehen bleiben, bis geeignete Stellen zur Entscheidung dieser Streitigkeiten (Arbeitsgerichte) geschaffen sind. Das tarifliche Schlichtungsverfahren ist noch mehr als früher in den Vordergrund gerückt und soll durch unentgeltliche Ueberlassung von Verhandlungsräumen, Vorsitzenden und Bureauapparat der Schlichtungsbehörden nach Möglichkeit gefördert werden. Die Schlichtungsbehörden sollen nur dann in Tätigkeit treten dürfen, wenn eine vereinbarte Schlichtungsstelle fehlt oder das Verfahren vor ihr zu keinem Ergebnis geführt hat. Bei dem Aufbau der Schlichtungsbehörden ist den besonderen Verhältnissen der verschiedenen Gewerbe- und Berufsgruppen in weitgehendem Maße Rechnung getragen. Der Entwurf sieht Einigungsämter, Landes- und Provinzial-Einigungsämter — an Stelle der bisherigen Schlichtungsämter des Reichsarbeitsministeriums — ein selbständiges Reichseinigungsamt vor, die je nach dem Umfang der Streitigkeit für die Schlichtung zuständig sind. Wie der frühere Entwurf, enthält auch der neue die ausdrückliche Verpflichtung, vor Beginn von Kampfmaßnahmen, namentlich vor Streiks und Aussperrungen, das Schlichtungsverfahren einzuleiten und durchzuführen. Den gemeinnützigen Betrieben ist in dem Entwurf mit Rücksicht auf ihre Bedeutung für die Allgemeinheit eine gewisse Sonderstellung eingeräumt. Von der Aufnahme von Straf- und Zwangsbestimmungen zur Sicherung der Einsetzung und der ungehinderten Durchführung des Schlichtungsverfahrens sieht der Entwurf im Gegensatz zu dem früheren Referentenentwurf ab, da sich derartige Maßnahmen bei Massendemonstrationen überall als unbrauchbar erwiesen haben. In Rechtsmitteln ist nur die Revision gegen Schiedsprüche vorgesehen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverletzungen gestützt werden kann. Die in der Demobilisierungseinführung eingeführte Einrichtung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen ist beibehalten; die Voraustragungen, unter denen sie erfolgen kann, sind jedoch wesentlich eingeschränkt. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung soll auch nicht mehr wie bisher durch die Verwaltungsbehörden, sondern durch die Schlichtungsbehörden selbst unter Beteiligung von Vertretern der Wirtschaftsräte erfolgen.

Ein Leitfaden für Betriebsratsmitglieder

Im Christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln a. Rh., Venloerwall 9, erschienen. Der Preis der 112 Seiten starken Broschüre beträgt 3,50 Mk., bei Mehrbezug billiger. Mit der Herausgabe dieser Schrift ist einem dringenden Bedürfnis entsprochen worden. Neben der ausführlichen Erklärung des Betriebsratgesetzes, unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der christlichen Gewerkschaftler, enthält die Schrift eine Anzahl Beispiele aus der Praxis. Sie ist jedoch kein Kompendium, sondern ein Wegweiser für die alltägliche Betriebsratsarbeit. Zweckmäßig sammeln die Leiter der Sekretariatsbezirke die Bestellungen und richten diese dann gesammelt an den Verlag.

Aus unserer Industrie.

Die Liquidation der Textilnotstandsversorgung.

In der gemeinsamen Sitzung des Wirtschafts- und des sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates erklärte der Kommissar des Reichswirtschaftsministeriums für Textilnotstandsversorgung, Ministerialrat Dr. Reichardt, etwa folgendes:

In den vergangenen Wochen haben die Selbstverwaltungskörper der Textilwirtschaft und die Verwaltungsorgane der Textilnotstandsversorgung zur Frage der Auflösung der T. N. V. Stellung genommen. Die übereinstimmende Meinung aller dieser vom Reichswirtschaftsministerium befragten Kreise des Gewerbes ging dahin, daß an eine Fortführung der Textilnotstandsversorgung in der bisherigen Form nicht zu denken sei; dementsprechend hat auch die Gesellschafterversammlung der Textilnotstandsversorgung die Liquidation zum 1. April 1921 beschlossen. Diefem Beschluß hat das Reichswirtschaftsministerium nunmehr zugestimmt. Die Frage, wie in Zukunft dem unabweisbar bestehenden Bedürfnis der Arbeiterbevölkerung nach billiger Kleidung entgegenzuwirken sei, wird nun bei der Reichsregierung für Textilwirtschaft gebildeter Ausschuss weiter behandelt. — Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates nahm von dieser Erklärung Kenntnis, rief in eine Erörterung einzusetzen

Die Arbeitslosigkeit in der Baumwollindustrie.

Der Internationale Verein der Baumwollspinnereien in London hat in der ganzen Welt eine Untersuchung über die Arbeitslosigkeit in abgelaufenen Halbjahr angestellt. Aus den Ergebnissen dieser Untersuchungen geht hervor, daß tatsächlich die ganze englische Industrie während sechs Wochen ohne jede Beschäftigung war und sich zwei Millionen Spindeln nicht im Betrieb befanden. In Frankreich waren 1375000 Spindeln außer Betrieb, in Deutschland 2750000, in Rußland arbeiteten nur 750000 Spindeln von den vorhandenen 7100000, in den Vereinigten Staaten waren Ende Dezember mehr als 6000000 Spindeln außer Betrieb, während in Kanada 210329 Spindeln mit verkürzter Arbeitszeit arbeiteten.

Aus unserer Bewegung.

Der Deutsche Textilarbeiterverband unterstützt streikende Terroristen.

Schon seit längerer Zeit müssen wir ungerne und gegen unsern Willen in jeder Nummer unseres Verbandesorgans und beschäftigen mit der brutalen Gesinnungsrichtung radikaler und fanatischer Mitglieder des Deutschen Verbandes gegenüber Mitgliedern unseres Verbandes. Der Leitungs des Deutschen Verbandes sind unsere Feststellungen höchst unangenehm, und sie versucht darum im Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, dem „Textilarbeiter“, die Brutalität ihrer Anhänger zu beschönigen und zu herabzusetzen. Da sie aber die Handlungen ihrer fanatischen Terroristen nicht ganz leugnen kann, belegt sie sich neuerdings damit, ihre Mitglieder dadurch abzulenken, daß sie von einem „christlichen und moralischen Gesinnungszwang“ schreibt. Was sie aber darüber zu berichten weiß, hat wirklich mit einem Terrorismus nur herzlich wenig zu tun. Auf jeden Fall hat man bisher noch in keinem einzigen Falle einen Schatten von Beweis dafür erbringen können, daß ein Gewissenszwang von der und durch die Leitung unseres Verbandes auf freigelegte in irgend einer Form ausübt, geduldet oder gar gutgeheißen und gebilligt worden wäre. Im Gegenteil, von unserer Verbandesleitung ist noch immer jedweder Gestaltungsterror, gleichviel von welcher Seite er ausgeht wurde, scharf verurteilt worden. Hätte sich die Deutsche Verbandesleitung in derselben energischen Weise gegen eine Gewaltanwendung zur Wehr gesetzt, dann würden wir heute in der Arbeiterbewegung diese leidlichen Verhältnisse, die nur das Ansehen der gesamten Gewerkschaftsbewegung ungemein schwer schädigen, nicht mehr haben. Das hat sie aber bedauerlicherweise nicht getan, sondern vielmehr durch eine Zurücknahme ihrer Gewaltpolitik diesen sogar noch die Streikbündel gehalten. Was uns aber aus Offenburg in Baden mitgeteilt wird, übersteigt bald alles bisher dagewesene und fordert zur entschiedensten Abwehr heraus. Man schreibt uns:

„Infolge der Belagerung einer Kollegin unseres Verbandes, in den „freien“ Verband überzutreten, legten am Samstag, den 19. März, vormittags 11 Uhr, die „frei“ organisierten der Firma Walter Claus, Leinwandweberei in Offenburg in Baden, die Arbeit nieder und streikten seither ohne Unterbrechung. Unsere Kollegin Wernet und 10 weitere Arbeiter, die inzwischen aus dem „freien“ zu unserm Verband übergetreten sind, schafften vom 19. bis 24. März im Betrieb weiter. Unsererseits wurde der Schlichtungsausschuß Offenburg angerufen, der das Verhalten des Betriebsrates verurteilte und die Arbeiter aufforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Trotzdem verharrten die freigelegten weiter im Streik. Seitens der Firma wurde nun am Samstag, den 26. März, der ganze Betrieb geschlossen, weil mit unsern 11 Leuten allein der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden konnte.

Seitens des Deutschen Verbandes erhielten die Streikenden für die Woche bereits Streikunterstützung, und wie wir hören bis zu 1000 Mark. Damit ist erwiesen, daß Leitung und Verbandesleitung des Deutschen Verbandes diesen traffen Terrorismus gegen unser Mitglied ausdrücklich billigen.“

Die Firma sowie auch der Arbeitgeberverband — so teilt man uns weiter mit — lehnen das Ansehen des „freien“ Verbandes ganz entschieden ab. Und so geht der Streik dem weiter. In der Leitung des Deutschen Verbandes ist man eifrig bemüht um die Sicherung und Erhaltung der Grundgesetze der Revolution. Dazu sollte auch das Recht der Vereinigungsfreiheit gehören. Dieses Recht wird aber durch Fälle der oben mitgeteilten Art nur geschwächt. Unsere Mitglieder werden darum gut daran tun, sich solche Vorkommnisse, wo das elementare Recht des freien Staatsbürgers mit Füßen getreten wird, gut zu merken und gelegentlich den Erbhäuptern der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit diese Gewaltpraktiken vorzuhalten.

Was soll uns bei der praktischen Verarbeitung helfen?

Zweifelloos ist die Persönlichkeit, das Wissen und die begriffte Ueberzeugungstreue eines christlichen Gewerkschaftlers von entscheidender Bedeutung bei der Agitation für den christlichen Berufsverband. Zu Persönlichkeiten, zu Charakteren sollen unsere Gefinnungsfreunde werden, das ist ein Stück der zum Ziel gesetzten Kulturarbeit. Das Wissen ebensfalls, und aus beiden wächst die Ueberzeugung von der Notwendigkeit unserer Arbeit. Sei es

dem Streben um die Erreichung dieser Ziele müssen wir die Erfahrung anderer hören, den Meinungsaustausch pflegen. Auch dafür ist die Arbeiterinnenkommission die beste Stätte. Nehmen wir noch andere Hilfsmittel hinzu, Verbandsorgan, Frauenblatt, Broschüren und Flugblätter, so haben wir darin wertvolle Hilfsmittel. Verbandsorgan und Frauenblatt werden ständig zu unserm Eigentum zählen. Broschüren müßten mehr noch als bisher verbreitet werden (am besten durch die Sekretariate). Das Arbeiterinnensekretariat ist z. B. auch damit beschäftigt, Literatur ausfindig zu machen und in einer Liste zusammenzustellen, die gerade für unsere Kolleginnen wertvoll und interessant wäre. Flugblätter, die je nach Bedarf herausgegeben werden, vergehen nicht auch nicht, zumal nicht zu Zeiten, die besonderer Obacht bedürfen.

Wir haben in der vorigen Nummer schon auf die Sorge für unsere Jugend hingewiesen. Als Hilfsmittel bei der Gewinnung der Jugendlichen sei auf folgendes aufmerksam gemacht:

Unser Verband hat für die männliche Jugend ein geeignetes Flugblatt herstellen lassen, welches allerdings ziemlich allgemein gehalten ist. (Durch die Sekretariate zu beziehen!)

Für die weibliche Jugend erscheint in der nächsten Nummer ein Artikel unter dem Titel: „Auf deinem Gang hinaus ins Leben“, der sich sehr gut zur Agitation eignet und speziell für unsere jungen Kolleginnen bestimmt ist. Man nehme die Broschüre, nachdem man sie selbst gelesen, legt sie an einem Kommunionabend zusammen und wird so zu einer neuen Anzahl Exemplare kommen.

Bei im Bezirke eine Sekretärin ist, läuft am besten die ganze Agitation in deren Hände zusammen. Sie sorgt für die nötige Anzahl Flugblätter und gibt sie mit entsprechender Weisung an die einzelnen Vorsitzenden der Arbeiterinnenkommission weiter. Diese teilen ihren Ort in Bezirke ein; für jeden Bezirk wird ein Kommissionsmitglied bestimmt, das nun feststellt, wo in dem Bezirke schulentlassene Kinder hat. Diese Familien werden besucht, dem Jugendlichen wird das Flugblatt ausgehändigt und den Eltern die notwendige Erklärung dazu gegeben. Man gibt evtl. eine Beihilfe für die Ausfüllung des Aufnahmezettels und geht noch einmal hin. Am besten ist jedoch die sofortige Aufnahme und Ueberweisung an die betreffende Betriebsperson.

In den Bezirken, wo keine Sekretärin ist, bestellen die Vorsitzenden der Arbeiterinnenkommission direkt. Im übrigen kann der Plan ganz genau wie oben geschildert, eingeleitet werden.

Und nun: freudig aus Werk! Bringt gute Erfolge!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Aus Rabeu. Betriebsratwahl im Elstal. Einen schönen Erfolg haben die verfassenen Betriebsratwahlen der Christl. organisierten Textilarbeiter in Elstal gebracht. Nachfolgendes Wahlergebnis ist zu verzeichnen.

Firma Ostermann in Suroch. (Wahl 1920: Christlicher Textilarbeiterverband 281 Stimmen, 3 Betriebsräte, 1 Ergänzungsperson. Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 425 Stimmen, 6 Betriebsräte.) Wahl 1921: Christlicher Textilarbeiterverband 409 Stimmen, 6 Betriebsräte, 1 Ergänzungsperson. Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 304 Stimmen, 4 Betriebsräte, Angestellte 2 Betriebsräte.

Firma Spinnerei Söllau. (Wahl 1920: Christlicher Textilarbeiterverband 206 Stimmen, 3 Betriebsräte, 1 Ergänzungsperson. Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 223 Stimmen, 4 Betriebsräte.) Wahl 1921: Christlicher Textilarbeiterverband 224 Stimmen, 3 Betriebsräte, Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 289 Stimmen, 4 Betriebsräte, 1 Ergänzungsperson, Angestellte 2 Betriebsräte.

Firma Seidenfabrik Edert u. Co., Waldkirch. (Wahl 1920: Christlicher Textilarbeiterverband 31 Stimmen, 2 Betriebsräte, 1 Ergänzungsperson. Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 23 Stimmen, 2 Betriebsräte.) Wahl 1921: Christlicher Textilarbeiterverband 34 Stimmen, 3 Betriebsräte, Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 20 Stimmen, 1 Betriebsrat und 1 Ergänzungsperson, Angestellte 1 Betriebsrat.

Firma Seidenfabrik Ringwale u. Co., Waldkirch. (Wahl 1920: Christlicher Textilarbeiterverband 104 Stimmen, 3 Betriebsräte, 1 Ergänzungsperson. Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 80 Stimmen, 3 Betriebsräte.) Wahl 1921: Christlicher Textilarbeiterverband 94 Stimmen, 3 Betriebsräte, 1 Ergänzungsperson. Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 75 Stimmen, 3 Betriebsräte, Angestellte 1 Betriebsrat.

Firma Sonntag, Seidenfabrik, Waldkirch. (Wahl 1920: Christlicher Textilarbeiterverband 57 Stimmen, 3 Betriebsräte, Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 69 Stimmen, 4 Betriebsräte.) Wahl 1921: Christlicher Textilarbeiterverband 41 Stimmen, 1 Betriebsrat und 1 Ergänzungsperson. Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 91 Stimmen, 4 Betriebsräte und 1 Ergänzungsperson, Angestellte 1 Betriebsrat.

Firma Spinnerei Waldkirch in Sagenhäusel. (Wahl 1920: Christlicher Textilarbeiterverband 11 Stimmen, 1 Betriebsrat, Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 30 Stimmen, 3 Betriebsräte.) Wahl 1921: Christlicher Textilarbeiterverband 24 Stimmen, 2 Betriebsräte, Sozialdemokratischer Textilarbeiterverband 35 Stimmen, 2 Betriebsräte, 1 Ergänzungsperson, Angestellte 1 Betriebsrat.

Die Christl. organisierte Textilarbeiterbewegung kann mit diesem Wahlergebnis vollaus zufrieden sein. Umso mehr zufrieden sein, weil vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband mit allen erdenklichen Mitteln auch bei unsern Wahlkreisen versucht wurde.

Aus Bayern. Wenn man selbst im Glassee liegt... Unter dem Titel „Der christliche Kampf gegen die Betriebsräte“ bringt sowohl das Bayer. Wochenblatt als auch die „Schwabische Volkszeitung“ einen Artikel, der unter Herausleitung eines Satzes aus einem Vortrag des Landesarbeitsrats München ein Beispiel des Kampfes darstellt, bei dem die Betriebsräte von Seiten der christlichen Gewerkschaften angedeutet sind. Die in den Artikeln beider genannten Zeitungen zitierte Stelle ist verdreht und ungenau; ein möglicher Teil des Satzes mag lauten: „Das Gewerkschaftssekretariat ist sozialdemokratisch.“ (Christliche Textilarbeiterbewegung)

gut, daß die Betriebsräte nicht mehr Rechte haben, sonst wäre es, wie die Erfahrung schon des öfteren gelehrt hat, in manchem Betriebe für die Arbeiter schlecht bestellt. Ihr wißt es, welche Betriebsräte ich gemeint habe, schließlich die Sozialdemokraten." Gätten sich die Herren Sozi besser informieren, dann hätte es die dumme Frage, ob vielleicht die christlichen Betriebsräte damit gemeint seien, nicht gebraucht. Der Wandel der Betriebsräte wurde am allermeisten durch die sozialdemokratischen radikalen Betriebsräte mißbrüchlich. Wenn von Harmoniebüchlein in diesem Artikel die Rede war, so sei es gesagt, daß die christlich organisierten Betriebsräte niemals sich in Klassenkampf betätigen werden. Im übrigen ist unsere Meinung die, daß durch diese Verbrechungsstätte der sozialdemokratischen Richtung die Schuld zufällt, wenn die ganze Einrichtung der Betriebsräte in der Öffentlichkeit der Lächerlichkeit preisgegeben wird. Die Verantwortung haben die zu tragen, die diese Pressenpolitik hervorgerufen haben, ohne sich zu informieren. Einen größeren Gefallen werden die Sozialdemokraten den Gegnern der Betriebsräte nicht erwirken können als den. Gätten wir nicht christlich organisierte Betriebsräte, die besser gebildet und unterrichtet sind als die sozialdemokratischen, die auch die Ueberzeugung eines Anderen denken arsten können und die Verantwortungsgesühl gegenüber der Allgemeinheit haben, wäre die Arbeiterschaft schlecht gestellt. Diejenigen Fälle, in denen sozialdemokratische Betriebsräte nicht nur nicht erreicht, sondern zum Schaden ihrer eigenen Arbeitsslegen gehandelt haben, ja sogar innerhalb der eigenen sozialdemokratischen Gewerkschaften zu Palastrevolutionen übergehen und dabei zum höchsten und niedrigsten Kampfmittel greifen, sind fast tagtäglich in den mehrheitlich sozialistischen, unabhängigen und den R. P. D.-Organen zu lesen und bilden in ihrer Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit eine unerschöpfliche Fundgrube für Betriebsrätegegner im Lager der Unternehmer sowohl als auch im Lager der verschiedenen roten, sozialistischen Parteien (auch dunkelrote Sozialisten gibt es, die Gegner der Betriebsräte sind). Hier bietet sich Material in Hülle und Fülle, um die Betriebsräte und noch manch andere soziale Einrichtungen bekämpfen zu können, und die verschiedenfarbigen Sozialistengruppen liefern das Material bereitwillig. Lieber Arbeitskollege, was sagst du dazu? Ist das auch Arbeiterbesservertretung?

Jetzt sei noch mitgeteilt, was ein sozialdemokratischer Führer, und zwar nicht einer dritter oder vierter Garnitur, vom Schicksal der „Genossen“ von den Rechten der Betriebsräte sagt. Der frühere Reichsleiter Bauer sagte auf dem Parteitag zu Weimar: „Wir müssen daran festhalten, daß die Betriebsleitung in den Händen verantwortungsvoller Leute liegt. Der Arbeiter kann Einfluß erhalten in die Fragen der Arbeitsweise, Anstellung und Arbeitsbedingungen. Aber weiterzugehen ist unmöglich, das Mitbestimmungsrecht darf nicht überspannt werden.“ Der Reichssozialist Bauer wird dabei jedenfalls an seine Leute gedacht haben, die er hoch aus Erfahrung kennen muß.

Das, was Sekretär Wilhelm sagte, ist bittere Wahrheit, und diese Wahrheit geschloßen zu haben das Hauptverdienst sozialdemokratischer „Aufklärungsarbeit“ im ausgeprochenen Sinne des Klassenkampfes.

Deshalb, christlich gestaute Männer, heraus aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften, wählt nur christlich organisierte Betriebsräte. Dem Herren Sozi geben wir aber den guten Rat, vor der eigenen Tür zu kehren, und zwar ziemlich gründlich und nicht auf andere Leute zu werfen, wenn man selbst im Schlaufe sitzt.

W. Gladbach. Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie. Die Wirkungen der Entlassungen sind auf die Textilindustrie des Württembergers bereits jetzt, bevor sie in Kraft getreten sind, bedenkliche Folgen aus. Natürlich haben die betroffenen Textilarbeiter am schlimmsten darunter zu leiden. Die Arbeitslosigkeit, welche als Folge der eingetretenen Abkopplung sich zeigt, nimmt bereits größere Formen an und die Lohnmassen und staatlichen Verwaltungskosten sollten ernstlich an Maßnahmen denken, wie der Ruf der beschäftigungslosen Textilarbeiter vorgetragen werden kann. Bis zum 31. 3. wurde in den meisten Textilbetrieben schon mit stark verletzter Arbeitszeit — teilweise nur 16 Stunden wöchentlich — gearbeitet. Beim städtischen Arbeitsnachweis sind bis jetzt als völlig arbeitslos gemeldet 341 Arbeitsuchende. Da aber auch mit der verlängerten Arbeitszeit das Verdienst geringer wird, ist die Lage derjenigen, die als Kurzarbeiter noch beschäftigt sind, keine bezeichnend wertige. Durch die Gewerkschaften geschieht das Mögliche, um die Arbeiter vor völliger Arbeitslosigkeit zu schützen. Seitens der Arbeitgeber könnte mehr Entgegenkommen erwartet werden. Sie müssen großes Interesse daran haben, ihre Arbeiterschaft zu erhalten, damit bei aufstrebendem Geschäftsgang nicht nur Aufträge, sondern auch Hände zu deren Ausführung vorhanden sind. Die Entlassungen bei der letzten Krise haben sich infolgedessen gezeigt, daß viele tüchtige Textilarbeiter sich anderen Industriezweigen zugewandt haben, welche dadurch für die Textilindustrie verloren gingen. Bei den hohen Gewinnen, welche verschiedene Firmen während des Krieges und auch noch vorher gemacht haben, kann auch ein Opfer gebracht werden, ohne dadurch die Existenz des Betriebes zu gefährden. Eine Versöhnung wird, wenn der gute Wille zum „Durchhalten“ auf allen Seiten vorhanden ist, gewiß zu finden sein. Das große Heer der Arbeitslosen darf aber nicht unendlich vergrößert werden. Wir können uns kein schlimmeres Schicksal denken, welches neben überhöhten Entbehrungen tieferer menschlicher Seelen mit sich bringt, als gerade die Arbeitslosigkeit, die über eine brave arbeitende Familie kommt, die gerne arbeiten würde, wenn sie nur Gelegenheit hätte.

Dieje Heilen mögen dann ansetzen sein, zu zeigen, welche Opfer aus im letzten Gebiete anzusetzen sind, und daß zum „Durchhalten“ alles getan werden muß, um die existenzbede Rot und Gefahr beizubehalten zu können.

Kaiserlautern (Pfalz). Eine freigewerkschaftliche Biomage. Für haben die „Genossen“ für die Gewerkschaftswahlen zwei Listen — für Arbeitgeber und Arbeitnehmer — eingereicht. Die Listen entsprechen nicht dem gesetzlichen und parlamentarischen Bestimmungen, werden so lächerlich hergerichtet, daß sie beanstandet wurden. Das „freie“ Gewerkschaftsmitglied hat dann die Listen unvorsätzlich ergriffen und berichtet, jedoch das Gewerkschaftsgericht in seiner Sitzung vom 17. März beide Listen der „Freien“ als unzulässig erklärt. Die roten Herrschaften gehen jetzt hier aus, die Listen der nichtgewerkschaftlichen Organisationen gelten als gültig. (Die Listen sind nicht eingereicht.) Da die freigewerkschaftlichen Organisationen, und besonders deren Führer, sich bis dato immer als die Gescheiterten gebärdeten, so ist der Herrgott in der roten Seiten am so größer. Als Sündenbock mußte der noch nicht lange am Amt befindliche Arbeiterführer Paul Weber am 17. März in die Haft gehen; seines Amtes ist er nicht „entlassen“ worden. Was aber nicht wiederum dürfte, wenn in einem Lager wieder in Norddeutschland, in irgend einem Arbeiterlager irgendwelchen Rot- und Sozialisten als Arbeiter

des sozialistisch-freigewerkschaftlichen Volkes oder als ioniger „Sozialbeauftragter“ auftauchen würde. — Auf der Klausur kommt's bei den „Genossen“ am meisten an!

Aus dem bayerischen Schwaben. Und willst du nicht mein Bruder sein... Im bayerischen Schwaben, in Burgau, fand am 28. November 1920 eine Gewerkschaftsversammlung statt, die von sozialistischer Seite einberufen und zu der auch der katholische Arbeitersekretär Adelhoch aus Augsburg durch die Tagespresse eingeladen war. Adelhoch hatte nämlich das „Verbrechen“ begangen, einen offenen Brief an die christlich gesinnte Arbeiterschaft zu schreiben, und er hat in demselben nachgewiesen, daß ein christlich gesinnter Arbeiter oder Arbeiterin in eine sozialistische Gewerkschaft nicht hinein gehöre. Darüber große Aufregung im sozialistischen „Reich“ Burgau. Aus allen Winkeln des Bezirks wurde für die vorgenannte Versammlung die Anhängerschaft herbeigetrommelt. Die Volksschule wurde gegen Adelhoch ordentlich zum Ueberköcheln gebracht. Als sozialistischer Referent war zu dieser Versammlung ein Herr von der Reuten aus Augsburg erschienen. Dieser Herr ist Geschäftsführer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Seine Verdienste um Vertretung von Arbeiterinteressen sind, auf Grund seiner Darstellungsart, sehr gering, desto größer aber ist er, wenn es gilt, die christlichen Gewerkschaften zu verleumden und zu bekämpfen. Auf diesen Ton war auch sein Referat in jener Versammlung in Burgau eingestellt. Er, der weder von Gott noch von der Kirche etwas wissen will, er spielt sich in solchen Versammlungen auf als der Allwissende über Christentum, Kirche und Geisteswelt. In seinem „rein gewerkschaftlichen“ Thema behandelte er unter anderem auch in dieser Versammlung die Entwicklung des Menschen aus der Urzeit und die Lehren des Christentums. In den höheren Schulen, wo sich die Kinder der Reichen bewegen, da werde gelehrt, daß alles Bestehende mit Einschluss des Menschen aus der Materie entstanden sei in der Volksschule dagegen, wo die Kinder der Arbeiter sitzen, da werde das Dasein eines Gottes gelehrt. Ein Herrrat hängt aus in dem Gedanken, dem völkerverfeindenden Sozialismus müsse die Zukunft gehören.

Eine gut ausgestattete Bibliothek

sollte jede Ortsgruppe besitzen. Da hinein gehören alle Neuerscheinungen auf gewerkschaftlichem Gebiete. Vor allem aber darf in keiner Bibliothek fehlen

die Niederschrift des zehnten Kongresses der christl. Gewerkschaften.

467 Seiten. Preis durch unsere Verbandszentrale, Düsseldorf 100, Cannenstr. 33, bezogen: 15,— M.

Man bestelle sofort, da nur eine beschränkte Anzahl Exemplare zu dem oben mitgeteilten Vorzugspreise an der Verbandszentrale lagern.

Das umfangreiche Buch gehört mit seinem wertvollen Inhalt in die Hand jedes in der Bewegung führenden Ganges. Für Bibliotheken u. Ortsgruppenvorstände empfiehlt sich darnach die Anschaffung des Werkes aus Mitteln der Ortsgruppenkassen.

Unter großer Aufmerksamkeit der stark besuchten Versammlung war es dem Arbeitersekretär Adelhoch ein Vergnügen, die irreführenden Anschauungen dieses sozialistischen Redners ins rechte Licht zu rufen und damit erst recht zu beweisen, daß christlich gesinnte Leute niemals Mitglieder einer Gewerkschaft sein können, die von dem Schläge und dem Geisse des Herrn von der Reuten befehlet sind. Ein großer Teil der sozialdemokratisch organisierten Versammlungen sind die Ausführungen Adelhochs, und der vorläufige Erfolg jener Versammlung war also zweifellos auf Seiten des Herrn Adelhoch. Trotzdem, oder besser gesagt gerade deshalb, sollte aber auch Adelhoch nicht unvorsichtig das Lokal verlassen dürfen. Der Obergauische Geiselhart — seinerzeit Revolutionslandtagsabgeordneter — fuhr nach Schluß der Versammlung mit einem Burgauer christlich gesinnten Arbeiter mit Namen Moser ohne jede Ursache einen Streit an, nannte ihn einen „Lass-Heben“ und anderes mehr und verlegte ihm eine schallende Ohrfeige.

Das war das Signal zum Ausschlagen, denn gleichzeitig wurde auch Arbeitersekretär Adelhoch von einer Rote ganz gemeiner Bengels erschlagen und mit Stöcken und sonstigen Instrumenten nach dem sozialistischen Rezept bearbeitet. „Du willst ja doch nicht unser Bruder sein, deshalb schlagen wir dir den Schädel ein.“ Und in der Tat, die schamlossten irreführenden, wirklich dummen Arbeiter haben diesem sozialistischen Grundgesetz gründlich gehuligt.

Dieser Tage, und zwar am 5. April, fand vor dem Schöffengericht in Burgau das gerichtliche Nachspiel dieser Missetat, verurteilten Versammlung statt. Durch edlich verurteilte Zeugen wurde der Verlauf der Versammlung wie oben angegeben festgelegt. Ein als Sachverständiger anwesender Arzt, der Herr Adelhoch seinerzeit behandelte, hat konstatiert, daß die Verletzungen am Kopfe von Adelhoch für mindestens ein halbes Jahr heilen würden, da schon bereits Anzeichen einer leichten Gehirnerkrankung vorhanden waren. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Geiselhart wegen vorsätzlicher leichter Körperverletzung des Moser zu 60 M. Geldstrafe, die weitere Verurteilung wegen gemeinlichlicher Körperverletzung zu je 200 M., einen Angeklagten zu 240 M. und einen Angeklagten zu 14 Tagen Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Außerdem wurden zwei Beklagte zur Zahlung einer Busse von 507 M. an Adelhoch, weitere Angeklagte zu den Kosten der Nebenklagen und alle Verantwortlichen zu den ebenfalls sehr erheblichen Gerichtskosten verurteilt. Ein der Angeklagten nach-

stehender Schöffe mit Namen Eggenberger mußte von Adelhoch wegen Gefangenheit abgeholt werden. Derselbe hat sich einige Tage vor der Verhandlung öffentlich geäußert: „Der Angeklagte Geiselhart muß unter allen Umständen freigesprochen werden.“ Auch das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß ein Schöffe, der mit solchen vorweggenommenen Ur- und Absichten zur Verhandlung komme, abzulehnen sei. Es mußte deshalb der Herr Schöffe seinen schon bereits eingekommenen Nichtersicht verlassen. Die einblauerte Europäer verlor er sich hinten im Hofraum, und er konnte sich aus dem Gang der Verhandlung und aus dem gefällten Urteil ein Bild machen, daß sein vorzeitiges Urteil falsch war, auch wenn es ihm seine Freunde durch die Blume beigebracht haben. Die bestraften Arbeiter aber mögen sich bedenken bei ihren fähigen Geiselhart und von der Reuten.

Besondere Bekanntmachungen.

Kurzarbeit und Berichterstattung.

Seit Januar ds. Js. hat die Arbeitslosenstatistik eine Erweiterung erfahren, und zwar durch die Berichterstattung über Kurzarbeit. Diese Berichterstattung ist für uns als Organisation in der gegenwärtigen Zeit, wo weite Kreise unseres Verbandes durch den schlechten Geschäftsgang nicht mehr voll beschäftigt werden, von besonderer Wichtigkeit. Die eingeschickten Nachweisungen zeigen jedoch noch Mängel, die zum Teil auf Unkenntnis, zum Teil aber auch auf die Nachlässigkeit der mit der Berichterstattung betrauten Kollegen am Orte zurückzuführen sind.

Bei der Berichterstattung über Kurzarbeit handelt es sich lediglich um eine Berichterstattung über die von Kurzarbeit betroffenen Mitglieder unseres Verbandes. Andere Organisationen zählen ihre Mitglieder und wir die unseren. Alle Verbände berichten wiederum an das Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Somit wird dort die Summe aller in der Textilindustrie beschäftigten Kurzarbeiter zusammengezählt und der Beschäftigungsgrad in unserer Industrie festgestellt.

Bei der Föhlung der Kurzarbeiter darf nicht geschäftet werden. Einige Ortsgruppen glauben ihre Pflicht damit erfüllt zu haben, daß sie hinter die vorgedruckte Stundenzahl einfach schreiben: „In circa 50 Betrieben arbeiten 150 männliche und 200 weibliche Mitglieder verfürzt.“ Eine solche Berichterstattung ist natürlich für eine brauchbare Statistik völlig wertlos. Brauchbar ist nur die Nachweisung, wo wirklich zahlenmäßige Feststellungen gemacht worden sind. Im eigensten Interesse der Mitglieder selbst liegt es, hierauf in Zukunft mehr Gewicht zu legen.

Auf der vierteljährlichen Nachweisung ist die Zahl der Kurzarbeiter nicht für die gesamte Vierteljahr, sondern nur die entsprechende Zahl für die letzte Arbeitswoche des letzten Monats anzugeben. Dieses ist zu beachten für die Föhlung der Vollarbeitslosen, wo die gesamten Fälle für das Quartal auf derselben Nachweisung anzugeben sind. Beachtenswert ist deshalb die Fußnote, die gleichlautend auf der gelben und grauen Nachweisung ist. Als „Stichwoche“ gilt die letzte Arbeitswoche des Monats.

† Sterbefall. †

Maria Hermann-Stadlohn. Josephine Beisten-Rohlscheid. Albert Wid-Achen. Bernhard Berid-Salzbergen. Johanna Bader-Blachach. Margarete Steffens-Schlebusch. Ernst Baumgartner-Deflingen. Eduard Colazel-Hagen. Maria Remming-Docholt. Adolf Rientische-Behehdorf. Caroline Theisen-Willich. Gertrud Fohn-Düren. Anton Fuchs-Düren. Anna Brumbach-Düren. Christine Weyerberg-Kufserdrek. Ferdinand Köhler-Amerz St. Georg. Bernhard Danneleimann-Borgdorf. Hermann Szejekala-Deimelshorst. Dina Sirt-Bettingen. Andreas Sierke-Schlebusch. Johann Dieringer-Deflingen. Frau Falkenberg-Luven. Grete Stähler-Barmen. Hubert Gilden-W. Gladbach. Karl Deder-Summersbach.

Versammlungskalender.

Cottbus. 30. April, 6 1/2 Uhr, im Lokale Rönig-Bier-Haus, Monatsversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Ueber die Fabrikarbeit verheirateter Frauen. — Arbeiterprüfung und Betriebsräte. — Neue Wege der Selbsthilfe durch die Gewerkschaften. — Feuilleton: Weibliche Vereinsarbeit. — Allgemeine Rundschau: Religiöse Unzulässigkeit sozialdemokratischer Betriebsräte. — Aus einem sozialisierten Musterbetrieb. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Die Schlichtungsordnung. — Ein Zeitfaden für Betriebsratsmitglieder. — Aus unserer Industrie: Die Liquidation der Textilindustrieverordnung. — Die Arbeitslosigkeit in der Baumwollindustrie. — Aus unserer Bewegung: Der Deutsche Textilarbeiterverband unterstützt protestierende Lerowitzer. — Was soll aus bei der praktischen Werksarbeit helfen? — Berichte aus den Ortsgruppen: Aus Baden — Aus Bayern — W. Gladbach. — Kaiserlautern (Pfalz). — Aus dem bayerischen Schwaben. — Besondere Bekanntmachungen. — Sterbefall. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Dagsdorf 100, Cannenstr. 33.